

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Soyler, Bismarckstr. Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

8. September 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung: Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Dermdorf-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das marokkanische Abenteuer.

Primo de Rivera droht mit Erschießungen. — Spanien von Truppen entblößt.

Paris, 8. September. (T.M.) Die Morgenblätter bringen jetzt Einzelheiten über den mißglückten Landungsversuch bei Alhucemas. Französische und spanische Schiffe blieben von Sonntag ab die Küste ständig unter Feuer und nachdem man die Risikolagen für genügend erschüttert hielt, schritt man gestern zur Landung. Es zeigte sich jedoch sofort, daß die Artillerie der Risikolagen nicht zerstört war, auch hatte das Artilleriefeld auf die Feststellungen der Risikolagen wenig gewirkt. Die Verteidigung hatte die besten Abwehrmaßnahmen getroffen. Ein Torpedoboot lief auf eine Mine in der Bucht von Alhucemas und mußte schwerbeschädigt von einem Linienkreuzer abgeschleppt werden. Auch das spanische Schlachtschiff Alfonso XIII. hat durch Artilleriefeuer schwere Schäden erlitten. Primo de Rivera, der sich an Bord dieses Schiffes befand, mußte sein Hauptquartier auf einen anderen Kreuzer verlegen.

Das spanisch-französische Oberkommando gibt bekannt, daß am Dienstag nach gründlicher Artillerievorbereitung noch einmal ein Landungsversuch unternommen werden soll. Abd el Krim zeigt keine Angriffe vor allem an der spanischen Westfront energisch fort. Es ist ihm jedoch bisher nicht gelungen, die spanischen Linien zu durchbrechen, obwohl sich die Spanier eine große Streife zurückziehen mußten. Spanische Flugzeuge waren im ganzen Risikogebiet Aufzüge Primo de Riveras ab, worin die Bevölkerung aufgefordert wird, Abd el Krim zu verlassen. Er droht den Stämmen schwerste Strafen an. Alle Leute, die gegen Spanien kämpfen, werden von den Spaniern als Rebellen behandelt und erschossen werden. Sollten die Risikolagen an spanischen Gefangenen Vergeltung üben, so werde er das gleiche an den gefangenen Risikolagen tun. (Das geschieht im Jellalier des Völkerechts! Der Völkerecht hätte alle Veranlassung, sich mit den Methoden Primo de Riveras zu beschäftigen! Red. d. „V.“)

Nach den letzten Meldungen aus Tetuan erwartet man heftige Angriffe der Risikolagen gegen die Stadt, die gestern während des ganzen Tages von schweren Geschützen Abd el Krims beschossen wurde. Die Artillerie der Risikolagen steht in Höhlen, so daß sie von Fliegern nicht aufgefunden und unschädlich gemacht werden kann. Das Artilleriefeld hat in der Stadt große Beunruhigungen hervorgerufen und viele Menschenleben gefordert.

Nach Meldungen aus Madrid sind gestern 40000 Mann spanischer Truppen nach Marokko abgerückt, um an der Offensive teilzunehmen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die jungen Mannschaften der letzten Jahreshälfte. Spanien ist jetzt fast völlig von Truppen entblößt. In den meisten Städten befinden sich nur noch Polizeitruppen, die die Ordnung aufrechtzuerhalten sollen. Aus Jex wird noch gemeldet, daß gestern unter dem Vorsitz des Marschalls Pétain ein großer Kriegsrat abgehalten wurde, in dem die durch den Angriff Abd el Krims geschaffene Lage eingehend erörtert wurde.

Paris, 8. September. (T.M.) Hanas meldet aus Jex: Nach gewissen Meldungen haben die Spanier die Gegend südlich von

Tetuan befreit, bis jetzt ist aber noch keine bestimmte Nachricht darüber in Jex eingetroffen. Der Angriff der Risikolagen bei Regaggia und Gondal wurde durch die Spanier nach heftigem Kampfe zurückgewiesen. Auch auf der französischen Front hat der Feind seine Vorstöße gegen Ifual wiederholt, ohne jedoch zum Ziel zu kommen. Mit einem eroberten Geschütz haben die Risikolagen den französischen Posten bei Tafraut beschossen. Darauf hat französische Artillerie das Geschütz bald zum Schweigen gebracht. Abd el Krim hat aus dem mittleren Frontabschnitt Truppen herausgezogen, anscheinend um den westlichen Frontabschnitt, der besonders Angriffen ausgesetzt ist, zu verstärken.

Einberufung der China-Konferenz.

Zustimmung der Mächte.

Peking, 8. September. (T.M.) Alle Mächte, die das Washingtoner Abkommen unterzeichnet haben, haben nunmehr ihre Bereitschaft erklärt, an der auf Einladung Chinas am 26. Oktober in Peking zusammentretenden Tarifkonferenz teilzunehmen.

Neue Unruhen in Schanghai.

Zusammenstoß mit der Polizei.

Schanghai, 8. September. (T.M. Reuters) Neue Unruhen ereigneten sich gestern abend im Anschluß an eine Versammlung von 500 Kuli-Agitatoren in der Chinesenstadt, die zum Kundentum an die Opfer des Auftrags vom 30. Mai und zum Protest gegen die „ungerechten Verträge“ veranstaltet wurde. Die in wahnsinnige Erregung gebrachte Menge eilte zur Fremdenniederlassung, wo sie die Polizei mit Pfaffensteinen, Ziegeln, Bambusstangen und anderen Waffen angriff. Zwei auswärtige Polizeibeamte wurden niedergeschlagen. Da die Lage bedrohlich wurde, sah sich die Polizei genötigt zu feuern. Sie schoß in die Luft und verwundete einen Mann schwer und zwei leicht. Gegenwärtig ist die Ruhe wieder hergestellt. Im Chinesenviertel wird behauptet, daß ein Aufhänger getötet worden sei.

London, 8. September. (T.M.) Nach einer Meldung aus Schanghai haben an der gestrigen Kundgebung 20000 Personen teil. Eine Abteilung, die von Studenten angeführt war, drang in das Internationale Konzeptionsamt ein, indem sie Fahnen mit der Aufschrift vorantrugen: „Nieder mit dem englischen Imperialismus! Nieder mit England! Nieder mit Japan!“ Die internationale Polizei griff ein und erzwang die Manifestanten, sich zurückzuziehen. Als die Menge dieser Aufforderung keine Folge leistete, ging die Polizei mit Knüppeln gegen sie vor, wurde aber mit Steinen beworfen. Ein Polizist wurde dabei schwer verletzt. Daraufhin machten andere Polizisten von ihren Revolvern Gebrauch. Drei Manifestanten wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Während des Kampfes wurde auch ein Amerikaner schwer verletzt, der in ein Spital überführt werden mußte.

Stresemann sucht einen Kugelfang.

Dafür ist Schiele wie geschaffen.

Als vor einigen Wochen zum ersten Male der Gedanke einer Konferenz der Außenminister zwecks Abschluß des Sicherheitspaktes auftauchte, da gaben die Deutschnationalen deutlich zu verstehen, daß für sie eine Konferenz, in der das Reich durch einen Stresemann vertreten sein würde, nicht in Frage kommen könnte. Der Zweck dieser Wühlererei war, die geplante Konferenz zu durchkreuzen. Diese rötlichen Gemüter bildeten sich nämlich damals ein, daß Deutschland noch in der Lage wäre, das Memorandum vom 9. Februar rückgängig zu machen.

Für Herrn Stresemann war diese Opposition gegen seine Person nichts weniger als schmeichelhaft. Inzwischen hat sich dieser oalglatte Politiker die Sache genauer überlegt und in dem Verlangen der Deutschnationalen, daß noch andere Mitglieder des Kabinetts, die der Fraktion Westarp-Laverranz nächststehen als er, verschiedene Vorteile entdeckt. Es war schon auffallend, daß die vom Auswärtigen Amt inspirierte „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ am vergangenen Freitag plötzlich erklärte, es stünden einer Konferenz der Außenminister allein gewisse Bedenken entgegen. Jetzt wird die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ noch deutlicher und schreibt:

Wir würden es begrüßen, wenn die Einladung der alliierten Minister nicht nur an den deutschen Außenminister, sondern auch noch an einen oder an zwei andere Mitglieder des Kabinetts, vielleicht den Reichskanzler Dr. Luther und den Reichsinnenminister Schiele, gerichtet würde. Die Agitation der rechtsradikalen Presse wird auch bei einer solchen Bestätigung des Deutschen Reiches bei der Ministerkonferenz nicht unterbunden, aber sie würde doch vertagt werden, da man dann doch wohl den bei uns so beliebten persönlichen Kampf etwas dämpfen und nicht noch einmal den Versuch machen könnte, dem deutschen Volke vorzureden, daß nicht etwa die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag, sondern ein einzelner es „zu einer unwürdigen Anrechtenschaft führen sollte“.

Der Sinn dieser Ausführungen ist nicht mißzuverstehen: Herr Stresemann verpönt keine Neigung, ein zweiter Rathenau zu werden. Er ist zwar ein großer

Vorkämpfer der Koalition mit den Deutschnationalen gewesen, aber seine Sympathie für die deutschnationale Politik hört da auf, wo rechtsradikale Revolvertugeln zu fliegen beginnen. Schließlich ist Rathenau als charakterfester, republikanischer Minister gemeinhalt worden. Sollte man da wirklich von Herrn Stresemann verlangen, der weder ein charakterfester noch ein republikanischer Minister ist, daß er sich von „nationalen“ Helfen tollkühnen lasse, nur weil er Rathenausche Erfüllungspolitik in höchster Potenz fortsetze? So viel Edelmut und Selbstlosigkeit kann man von einem Nationalliberalen wirklich nicht verlangen. Deshalb sucht Stresemann nach einer Rüdten- und Bauchdeckung, gewissermaßen nach einem Kugelfang. Er würde sich zur Not mit dem Reichskanzler Luther begnügen, aber nach lieber wäre ihm ein machtvoller Deutschnationaler wie Schiele. Daher der unmißverständliche Bink an die Entente, möglichst noch diese beiden Herren einzuladen und als Unterzeichner jenes Sicherheitspaktes heranzuziehen, durch den Deutschland für ewig auf Elsaß-Lothringen und den Revanchekrieg verzichtet wird.

Der Block der 800 Millionen.

Eine neue „Aktiengesellschaft“.

Solingen, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Zusammenfassung der Konzerne Krupp, Thyssen, Phönix, Deutsch-Lugemburger und Rheinmetall soll nach den heute morgen vorliegenden Meldungen von unterrichteter Seite in der Weise erfolgen, daß die bisherigen Firmen aufgelöst werden und dafür eine neue Aktiengesellschaft gegründet wird. Diese neue Aktiengesellschaft soll ein Aktienkapital von etwa 800 Millionen Mark erhalten. Die Verteilung der Aktien der neuen Gesellschaft auf die Aktionäre der bisherigen Konzerne soll nach einem gewissen Schlüssel erfolgen, der bereits festgestellt ist. Dieser Schlüssel errechnet sich nach der Beteiligung der einzelnen Werke an der Kohlenahlgemeinschaft und am Kohlenfundikat. Die Schulden der bisherigen Gesellschaften sollen nach Möglichkeit in eine Obligationsschuld der neuen Gesellschaft umgewandelt werden.

Die Auffständischen in Kanton hatten zwei englische Journalisten gefangen genommen, mit Ketten gefesselt und ins Gefängnis gemarriert, wo sie zwei Tage zurückgehalten wurden, bis sie durch Eingreifen der chinesischen Regierung befreit wurden.

Berliner Wahlkampf.

Schlusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung.

Nach längerer Pause tritt die Berliner Stadtverordnetenversammlung heute wieder zusammen, um in einer Reihe von Sitzungen zahlreiche, während der Ferienzeit angesammelte Magistratsvorlagen zu erledigen. Inzwischen ist durch Vereinbarung der Parteien im Hauptausschuß des preussischen Landtages der Termin für die Neuwahlen auf den 25. Oktober festgesetzt. Diese bevorstehenden Wahlen werden höchstwahrscheinlich den Charakter der jetzt beginnenden Sitzungen in starkem Maße beeinflussen. Die kommende Wahl wird eine politische sein und an Festigkeit hinter keiner anderen parlamentarischen Wahl zurückstehen. Einmal ist die Bedeutung der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine viel zu große, da der Berliner Etat und die Berliner Kommunalwirtschaft erheblich umfangreicher sind als die der meisten Länder, zum andern drängt nach den großen politischen Entscheidungen des Sommers, nach dem Kampf um Zölle, Aufwertung und Steuern, um Sicherheitspakt, um Reichs- und Preußenpolitik alles nach einer Entladung, nach einem Messen der Kräfte, das als symptomatisch für den Einfluß der verschiedenen Parteien gewertet werden könnte.

Das hindert natürlich nicht, daß die speziellen Berliner Verhältnisse in dem bevorstehenden Wahlkampf von allen Seiten ausgenutzt werden. Die vier verflochtenen Jahre der jetzt ihrem Ende entgegengehenden Stadtverordnetenversammlung sind die ersten vier Jahre der neuen Einheitsgemeinde Groß-Berlin gewesen, und die Wählerschaft wird darüber zu entscheiden haben, ob die Einheitsgemeinde gehalten hat, was sie versprochen hat, ob die Parteien im Recht gewesen sind, die für die Schaffung der Einheitsgemeinde eingetreten sind und sie in der Zeit bitterster Not gegen alle Anstürme verteidigt und gehalten haben.

Die Sozialdemokratie verfügt im Berliner Rathaus nicht über die Mehrheit. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung hat es 1921 dahin gebracht, daß in der Biermüllenerstadt der Arbeit eine bürgerliche Mehrheit in die Stadtverordnetenversammlung einziehen konnte. Sie verfügte freilich nur über eine Mehrheit von fünf Stimmen und sie hat vor allen Dingen niemals irgendwie zu positiver Arbeit im Interesse der Gemeinde zusammenhalten können. Der einzige Punkt, bei dem Gemeinsamkeit des Auftretens der bürgerlichen Parteien erzielt werden konnte, war, von Kleinigkeiten abgesehen, die sich bei der Bielheit kommunaler Vorlagen immer ergeben, der Abbau des sozialistischen Magistrats und vor allen Dingen der Abbau unseres Genossen Paulsen. Mit kommunalistischer Hilfe haben die bürgerlichen Parteien es erreicht, daß neben einer bürgerlichen Stadtverordnetenversammlung ein Magistrat mit bürgerlicher Mehrheit stand.

Aber auch dieses Stages sind die bürgerlichen Parteien nicht recht froh geworden. Die ausgesprochene Gemeindefeindlichkeit der bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen der Deutschen Volkspartei, hat es mit sich gebracht, daß auch der bürgerliche Magistrat immer wieder in Gegensatz zur bürgerlichen Rechte geriet und daß eine wirkliche Aufbaubarkeit nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich wurde, die nach wie vor im Berliner Rathaus die Partei blieb und bleiben wird, ohne die Arbeit für die Gemeinde nicht möglich ist.

In den ersten Jahren der Stadtverordnetenversammlung war die beliebteste Methode der Rechten im Kampfe gegen die Stadt: Sabotage und Obstruktion mit Hilfe der Kommunisten. Keine einzige der vielen Kadavren, die, zur Freude aller geheimen und offenen Antiparlamentarier auf der Rechten, von den Kommunisten inszeniert wurden, wäre möglich gewesen, wenn nicht die Kommunisten die bewusste Unterstützung der Deutschnationalen gefunden hätten. Diese Kadavertaktik ist an dem festen Widerstand der Sozialdemokratie und auch der Mittelparteien gescheitert. Seitdem haben sich die Methoden etwas geändert und die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist friedlicher geworden, als man sie im Lande gemeinhin einschätzt. Das Ziel der Rechten hat sich aber keineswegs geändert, den Kampf gegen die Gemeinde setzt sie nach wie vor bei jeder Gelegenheit fort.

Im Wahlkampf wird Gelegenheit genug gegeben sein, das im einzelnen nachzuweisen. An der Entwicklung einer blühenden Gemeindevirtschaft und einer wirklich leistungsfähigen Kommunalverwaltung ist jeder einzelne Bürger der Biermüllenerstadt viel zu sehr interessiert, als daß die ausgesprochenen Interessenten- und Kapitalistenpolitik der Rechten unter geistiger Führung der Deutschen Volkspartei auf die Dauer verborgen bleiben könnte. Es hat keine einzige große kommunale Frage in der letzten Zeit in Berlin gegeben, bei der nicht die Führer der Volkspartei, selbstverständlich immer eifrig sekundiert von den Deutschnationalen, der Gemeinde Knüppel zwischen die Beine geworfen hätten. Gegen die bürgerliche Rechte, gegen ihre ausgesprochene privatwirtschaftliche Interessentenpolitik muß sich infolgedessen naturgemäß der Wahlkampf in erster Linie richten.

Die Volkspartei weiß selbst sehr genau, daß sie im günstigsten Falle mit der halben Fraktion in die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung zurückkehrt. Und wenn jetzt schon die Gegenläufe in ihrer Fraktion dank der doktrinären Politik ihrer beiden Führer schon so groß sind, daß die Verhandlungen fast aller Ausschüsse und oft sogar der Plenarsitzungen sich in Fraktionsverhandlungen

der Volkspartei verwandelt haben, so ist das nur die logische Folge der unaufhaltsamen Rechtsentwicklung, die die Partei in den letzten Jahren durchgemacht hat. In der Gemeindepolitik ist diese Rechtsentwicklung durch den starken industriellen Einschlag und den fanatischen Sozialistenhaß ihrer ausschlaggebenden Männer noch verstärkt worden.

Ebenso wenig werden die Deutschnationalen bei dem kommenden Wahlkampf in Berlin auf ihre Kosten kommen. Daß sie die wahren Schuldigen an den ununterbrochenen Radaussetzen der ersten Jahre gewesen sind, werden sie selbst durch ihre Lügenpresse nicht mehr verheimlichen können. Sie haben das Glück, in ihrem Pfarrer Koch den Haupttrüfer im Streit so ziemlich das unpopulärste Mitglied der Versammlung zu besitzen. Und die wenigen Deutschnationalen, die gemeindefreundlich eingestellt sind, bleiben genau wie in der Volkspartei bei den entscheidenden Fraktionsabstimmungen stets in der Minderheit. Ihr kurzschichtiger Kampf gegen die Einheitsgemeinde ist absolut zusammengebrochen; irgendeine schöpferische Idee haben sie in den ganzen Jahren nicht vorbringen können, ihre einzige Leistung ist die, daß sie sich als Bremsklötze zu betätigen versuchten, ohne mit ihrer rein negativen Einstellung jemals ernstlichen Erfolg gehabt zu haben.

Die Kommunisten werden selber nicht recht wissen, welche Linie sie im Wahlkampf beziehen sollen. Sie haben stets getreu die jeweiligen Parolen der jeweiligen Zentrale gefolgt und gehorcht auf dem jeweiligen Boden der jeweiligen Exekutivmeinung gestanden. Daß die Parolen oft alle vierzehn Tage wechselten, hat nichts ausgemacht; wenn von einer Idee bei ihnen die Rede sein kann, dann müßte man den blinden Haß gegen die Sozialdemokratie eine Idee nennen. Eine aufbauende Gemeindepolitik mit ihnen zusammen ist immer unmöglich gewesen, weil sie niemals den Mut zur Verantwortung aufgebracht haben und aufbringen werden. Die Liquidation der Kommunisten ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterschaft wirklich die Verwaltung Berlins so beherrscht, wie das J. B. in Wien der Fall ist.

Keinen Kampf hat die Sozialdemokratie so wenig zu fürchten, wie den Kampf um die Neuwahl der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Sie hat von Anfang an die Einheitsgemeinde verlangt, hat sie durchgesetzt und kann mit Genugtuung feststellen, daß die Einheitsgemeinde sich behauptet und zum Segen der Bevölkerung sich entwickelt hat. Sie hat stets das Interesse der Gemeinde über jedes Sonderinteresse gestellt. Ihre Linie ist klar und der Sieg ihrer Politik gesichert. Die Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie die gegebene Trägerin der Gemeindeverwaltung ist; ihr wird trotz aller fanatischen Gegner von rechts und links die Zukunft gehören.

Also doch rückwärts!

Auf die „Linie“ des 3. Weltkongresses.

Als wir den Brief der Exekutive zum ersten Male besprachen, stellten wir fest, daß die KPD. nach all den Wirrungen und Irrungen der letzten Jahre von vorne anfangen will, daß sie sich auf die Linie des dritten Weltkongresses zurückziehen wird. Die Antwort auf diese Feststellung war ein wütendes Geschimpfe. Wer könnte auch die tiefsten Geheimnisse kommunistischer Parteistrategie zu ergünden wagen, wenn er nicht vom heiligen Geist der Exekutive beschattet ist! Aber wir trösten uns. Heute bestätigt die „Rote Fahne“ selbst, was wir am ersten Tage festgestellt hatten. Es folgen jetzt in den Spalten dieses Blattes für tägliche Parolenausgabe authentische Erläuterungen zum Briefe der Exekutive. Darin heißt es:

„Die Lösung des 3. Kongresses hieß: „Heran an die Massen.“ Haben wir verstanden, diese Lösung zu verwirklichen? Nein; nur höchst ungenügend. Wir sind bis heute nicht tief genug

in die Millionenmassen der deutschen Arbeiterschaft eingedrungen. Wir hatten glänzende Meetings, aber unser Einfluß in den Gewerkschaften ist viel zu gering. Wir sind nicht tief genug in den Betrieben verwurzt. Diese wichtigste Aufgabe der kommunistischen Politik hat die bisherige Führung vollständig vernachlässigt. Man hat langweilige, akademische Betrachtungen über alle möglichen Arten von Mandatieren und Kompromissen angestellt. Man hat iphigäische Mittel geschrieben, die kein Arbeiter verstanden hat. Man hat monatelang über die Abstimmungen in Reichs- und Landesparlamenten diskutiert. Aber man hat zwei Dinge vergessen: man hat unseren Zellen in den Tausenden von Betrieben keine politische Munition gegeben, um die Dämme zu sprengen, die uns von den nichtkommunistischen Arbeitern trennen; man hat zweitens unsere Gewerkschaftsfraktionen nach der Oktoberniederlage nicht reorganisiert; man hat ihnen keine Waffen geschmiedet, mit denen sie unten, in der Jahrestelle, in der Generalversammlung die Bureaupolitik schlagen können.

Was nützen die besten „Erläuterungen“ im Preussischen Landtag, wenn man gleichzeitig z. B. die Gewerkschaftsabteilung auflöst. Was nützen die schönsten Phrasen: „Die KPD. die einzige Arbeiterpartei“, wenn man z. B. so tiefgehende Differenzierungsprozesse in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wie die Krise der sächsischen SPD. völlig unbeachtet läßt.

Man hat hundertmal zu viel Kräfte auf Thesen, Resolutionen und Abstimmungen vergeudet. Man hat hundertmal zu wenig Kräfte dafür eingesetzt, einen neuen Zutritt zu den Massen zu bahnen, eine neue Sprache in der Agitation unter den Arbeitern herauszuarbeiten.“

Na, also! Da sind wir mit der „Roten Fahne“ wirklich mal absolut einer Meinung. Die langweiligen Thesen interessieren in der Tat keinen Menschen, erst recht keinen Arbeiter, und mit den Phrasen von der „einzigen Arbeiterpartei“ ist auch nichts getan. Die neuen Thesen interessieren allerdings die Arbeiter noch viel weniger als die alten, soweit eine Steigerung des Mangels an Interesse noch denkbar ist. Wenn die KPD. wirklich ihre ganze Parteigeschichte von 1921 an noch einmal wiederholen will, so wünschen wir ihr zu dieser Pferdekur viel Vergnügen. Die Arbeiterschaft hat Besseres zu tun, als sich an diesem Theater zu beteiligen.

Bergisches Jungzentrum für Wirth.

Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Partei.

Düsseldorf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagte hier die Vertreterversammlung des Bergischen Jungzentrums. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die staatspolitische Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums (und in den letzten Monaten nicht die Unterfraktion des Bergischen Jungzentrums. Dr. Wirths Austritt aus der Reichstagsfraktion hat die schon vorher äußerst lebhafteste Bewegung erneut gesteigert. Unsere Mitglieder und Freunde sind der Überzeugung, daß wirklich gegenseitige Politik im neuen Deutschland nicht von denjenigen gemacht werden kann, welche den neuen Geist nicht in sich tragen. Das Bergische Jungzentrum begrüßt es, daß durch den Wahnwitz Dr. Wirths — auf seine Form kommt es gar nicht an — endlich eine die Massen erhellende Aussprache über Ziel und Weg der Zentrumspartei im deutschen Volksstaate eingeleitet ist. Das Bergische Jungzentrum steht zu Dr. Wirth in dem heißen Bemühen, das christliche Volk durch alle deutschen Gauen in wahrhaft demokratischem und loyalen Geiste zu einer starken politischen Einheit zusammenzuführen, getreu den Traditionen der Gründer der Zentrumspartei. Das Bergische Jungzentrum hat zu Dr. Wirth, zu Ratz und zu anderen Fraktionsmitgliedern, vor allem aber zu der überwältigenden Mehrheit der Parteifreunde das Vertrauen, daß sie in diesem Sinne mit ihm kämpfen werden, um die großdeutsche Republik aufzurichten und sichern zu helfen. Das Bergische Jungzentrum ruft die übrigen Bünde im Reiche auf, gleichfalls in diesem Geiste jetzt die höchste Aktivität zu entfalten.“

mageren jungen Engländerinnen ist ganz „futsch“. Die sonst so hübschen Damen „himmeln“ und klatschen nach jedem Vielerstürmisch. Draußen glänzt der San Salvatore graublau, und der See schillert durchsichtig. Die Wellen schlagen spielerisch an die Felsen. Eine Barke mit dentonantem Segel und ganz primitivem Steuer gleitet vorbei. Der fast nackte Schiffer läßt seinen Tenor erschallen. Ein Seeadler freist am Monte Caprino. Ueber unserem Garten gelagert liegt der Wein und die Trauben säßeln in der Sonne.

Aber schließlich hat alles ein Ende. Das Motorboot kommt. Die Wirtin sagt den Engländern auf englisch Lebewohl, spricht mit den Schweizer Schwagerbüßchen und plappert ein famoses Italienisch. Uns aber ruft sie „Auf Wiedersehen!“ zu, mit einem unverkennbaren Einschlag von Kölner Dialekt.

Wir sind einfach bass. Ein deutscher Landsmann, der lange Jahre in Lugano wohnt und der uns das alles ruhig und naiv genossen hat, gibt uns bei der Heimfahrt die Auskunft: „Denken Sie, diese Wirtin der Grotte Helvetia ist eine geborene Königin — eine echte kölsche Klut, die als Königin in Lugano angefangen und sich resolut hochgerappelt hat!“

„Annellee von Dessau“, Winterbergs heitere Operette, die den Sommer im Berliner Theater verbrachte, eröffnet die Wintersaison im Theater in der Kommandantenstraße. Wenn die Monarchie in Anhalt-Dessau noch zu retten wäre, würden die Berehrerinnen dieser lustigen und sensationellen Geschichte in Ruff es sicher tun aus lauter Begeisterung für das jedes brave Bürgerberg gewinnende Treuverhältnis zwischen dem Erbprinzen Leopold und seinem Bürgermädchen Annellee. Daß ein regierender Fürst eine Apothekerstochter richtig heiratet, das geht in der Tat über den Horizont eines ehemaligen Unterians. Richard Kehler hat die Handlung mit einer zweiten etwas leichteren Liebesgeschichte ausgestattet und sie auch sonst frisch und lebendig gestaltet. Winterberg, der sich selbst dirigiert, hat eine hübsche, leicht eingebende Ruff dazu geschrieben. So war der Erfolg gesichert, zumal an Ausstattung und Darstellung Vorzügliches aufgesetzt wurde. Marie Escher als Annellee war eine ebenso liebende wie treuherzige Annellee, die durch ihr Spiel wie ihre wohlgeschulte Stimme gleichermassen entzückte. Camille Hommes machte als Fürst Leopold vorzügliche Figur. Nicht minder gut war das zweite Liebespaar besetzt mit Kräftig Korring, der nettschweimischen Loni Bergmann, auch die kleineren Rollen der Fürstin (Reona Berger), des französischen Erziehers (Leopold Hainisch) und des gravitätischen Hofmarschalls (Freig Bedmann) waren gut herausgearbeitet. „Eine kleine Hochzeitsreise ...“ summt allen Besuchern noch lange im Ohr. d.

Das Cherech im Sowjetstaat. In einem Bericht der englischen Frauengewerkschafter, die kürzlich eine Studienreise nach Rußland unternommen haben, werden auch genauere Mitteilungen über Ehe und Scheidung unter dem Sowjetstern gemacht. Danach kann ein Mädchen sich mit 16, ein junger Mann mit 18 Jahren verheiraten. Die Ehe ist zwischen nahen Verwandten verboten, aber nicht zwischen Onkel und Nichte, oder Neffen und Tante. Der Name der Verheirateten kann der des Mannes oder der Frau sein oder beide können auch ihren Eigennamen weiterführen, ganz wie es ihnen

Sachems „Dolchstoß“.

Die „Bundesbrüderschaft“ der Deutschnationalen.

Der innere Kontakt zwischen Zentrum und Deutschnationalen ist durch Wirths Austritt aus der Reichstagsfraktion zweifellos brüchig geworden. Die „Bewegung“, die der Schritt des ehemaligen Reichstanzlers vor allem im Westen des Reichslands ausgelöst hat, wird sich umso eher durchsetzen, je rücksichtsloser die parlamentarischen Bundesgenossen des Zentrums ihre eigenen Ziele vorantreiben. Daß die Deutschnationalen zu den unanständigsten Mitteln der Niederhaltung ihrer eigenen Koalitionsgenossen bereit sind, haben die Sachem-Briefe zur Genüge bewiesen. Die „Germania“ stellt zunächst fest, daß die Briefe Sachems echt sind, daher keine Ableugnung etwas nutzen wird und schreibt dann über Sachems neueste Epistel:

„Und was stellt er dar? Er ist einer der boshaftesten Giftpfiffe, die je auf das Zentrum abgehoffen worden sind. Das erschauendste an der Sache bleibt, daß die Deutschnationale Partei sich offiziell zu einem so unanständigen Geschäft überhaupt hergegeben hat. Aber im Gegenteil; der Brief ergibt sogar, daß die Zeitung in aller Form mit Herrn Sachem konfessiert hat, wie der heimtückische Angriff am besten organisiert werden könne.“

Und man beachte das Datum des Briefes: 14. Juli 1925! Also gerade zu der Zeit, wo das Zentrum im Reich mit den Deutschnationalen zusammenarbeitete, um in Zoll- und Steuerfragen eine Lösung zu finden, bemüht sich die Zeitung der Deutschnationalen Partei um Material wider die Führer des rheinischen Zentrums, also doch vor allem auch der rheinischen Abgeordneten des Reichstages, um ihnen durch ein unerhörtes Bespitzelungssystem das Etikett der nationalen Minderwertigkeit und Unzuverlässigkeit anzuhängen. Die Ehre der gesamten Partei ist hier engagiert, dieser Schuß aus dem Hinterhalt wird nicht vergessen werden.“

Aber noch ein Wort zur Sache. Wenn irgendein Teil des deutschen Volkes, irgendeine Partei Deutschlands das Recht hätte, von sich zu sagen, daß er mit Opfern von Gut und Blut den schließlichen praktischen Beweis für seine hingebende nationale Gesinnung erbracht habe, dann ist es das Zentrum und seine Wähler. Um so empörender der Versuch, wie er hier gemacht werden soll, und um so überheblicher und nichtsmwürdiger, als er von einer Partei versucht wird, deren Verbreitungsgebiete ständig weit vom Schuß lagen!“

Das Zentrum wird von seinen Bundesbrüdern in der Reichsregierung sobald es sich reiflos in deren Hand gegeben hat, noch ganz andere Dinge erleben! Um der „nationalen Belange“ willen greift der echt „vaterländische“ Mann mit Begeisterung zum Dolchmesser, zum Giftglas und schließlich zum politischen Nord. Und die Partei der Junker gibt ihren Segen dazu — „hintenherum“ — unter Wahrung „strengster Vertraulichkeit“.

Die Groß-Hamburg-Frage.

Echo der Braun'schen Rede.

Hamburg, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Erklärung des Ministerpräsidenten Braun im Hauptausschuß des Preussischen Landtages in der Groß-Hamburg-Frage, daß Preußen bereit sei, soweit die Interessen Hamburgs als deutscher Walthafen es erforderten, gegen entsprechende Kompensationen preussisches Gebiet herzugeben, bemerkt das Hamburger Fremdenblatt, das schon 1923 in dem Vorschlage der Zentralkommission für die Neugliederung des Reichs durch Dr. Drews und Graf Rödern ein Austausch von Wilhelmshurg und benachbarter Gebiete gegen Rarzburg gemacht worden sei. Hamburg sei zu Kompensationen bereit und habe entsprechend den Abmachungen mit Preußen seit zwei Jahren von jedem Schritt in der Groß-Hamburg-Frage Abstand genommen. Nach Zusammentritt des Preussischen Landtages werde es aber seinen Hauptpunkt betonen, daß es in seiner Stellung als Walthafen preussischen Gebietes bedürfe. Die ganze Angelegenheit dürfe nicht unter dem Gesichtswinkel kleinlicher Gebietsabtretungen beraten werden. Sie müsse immer den großen Gedanken des Walthafens Hamburg im Auge behalten, und wenn Preußen auch diesem Standpunkt beitrete, so sei damit ein Wendepunkt in der Groß-Hamburg-Angelegenheit erfolgt, der die Hoffnung auf eine glückliche Lösung eröffne.

Die schöne Tessinerin.

Von M. Riech.

Schon auf dem Gotthard sagte man uns: „Wenn Sie nach Lugano kommen, dann veräumen Sie nicht, nach Gandria zu fahren!“ In Lugano selbst sah man hinzu: „Besuchen Sie bei der Gelegenheit die schöne Wirtin in der Grotte Helvetia!“ Na, schön, wir wollten den dringenden Rat befolgen und fuhren im Motorboot nach dem Fischerdorf Gandria. Das Boot schneidet den hellblauen Lugano-See in zwei Hälften. Im Norden wächst, von drückender Sonnenglut überflutet, der Monte San Salvatore aus dem Bergmeer, auf den die Drahtseilbahn steil von Paradies herauf führt; im Osten thront der Monte Bré. Wir fahren am Stadtpark, an weit ausgreifenden Laubbäumen, hohen Palmen vorbei. Dann kommt der Borori Cassarate mit roten Dächern und vielen Bootsanlegestellen. Aus den Gärten des Monte Bré-Abhanges ragen Inpressen und blühende Oleanderbüsche. In Castagnola, am Fuße des Monte Bré, mit weit sichtbarem Campanile (Glockenturm) hält das Boot. Eine englische Familie mit mimosenhaft schlanken Mädchen steigt ein, ihre Hauptfotografie ist das Photographieren. Sie knipsen jedes Haus, jeden Baum.

Wir fahren in den langen östlichen Arm des Lago di Lugano, und schon taucht das Fischerdorf Gandria auf. Die Häuser klammern sich förmlich an den Steinhängen an. Das Boot setzt uns auf den zerklüfteten Steinen am Strande ab. Die Aussicht auf den See ist so verlockend, daß wir gleich das erste beste „Kaffeehaus“ aufsuchen, um den Ausblick zu genießen. Es liegt hoch über dem See und heißt „Lella Bissa“ (Schöne Aussicht). Ueber dem Ende des ganz von Bergen eingeschlossenen Sees ragt eine mächtige Felsengruppe empor.

Dann klettern wir eine enge Gasse hoch. Kermeloge, in die Felsen geradezu eingebaute Hütten. Die „Barcaioli“ (Schiffer) wohnen in den Löchern, arme Leutzel, die nur segeln und singen — und abends Spaghetti (Nudeln) essen und eine halbe Chianti dazu trinken. Tief verwitterte Sandsteinstiegen. Eine kleine alte Kirche. Die Steinhütten haben meist keine Fenster, nur Licht- und Luftausparungen. In ihnen baumeln verwaschene blaue und rote Mäntel zum Trocknen. Es stinkt modrig aus den Löchern, und man spürt in dieser Enge und Armeloge nichts von jüdischer frühlicher Atmosphäre.

Auf einem beschwerlichen Uferwege kommen wir von Gandria nach der Grotte Helvetia, einem lauberen neuen Wirtshaus mit einem wundervollen Garten. Die junge Wirtin, die es gebaut hat, ist in ganz Tessin bekannt. Sie imponiert durch ihre Tessiner Originalität: rotgekleidete Kopfhaube über den lischwarzen Haaren, Neber, Ruffmütze und weiße Schürze, auch Zoccoli (Holz-pantoffeln). So begrüßt sie jeden Gast — und singt dann zur Gitarre neapolitanische Volkslieder, nettsch operettenhafte und schmerzhaft sentimentale. Alles im Garten kuschelt. Ein Tisch von

besiebt. Eine Sowjetfrau, die einen Ausländer heiratet, behält das Bürgerrecht von Sowjetrußland. Eine Frau fremder Nationalität, die einen Sowjetbürger heiratet, behält ihre Nationalität und kann das Bürgerrecht in Sowjetrußland gemäß den allgemeinen Vorschriften über die Naturalisation von Ausländern im Sowjetstaat erwerben. Der Ehemann kann seine Frau nicht zwingen, ihm zu folgen, wenn er einen neuen Wohnsitz wählt. Während der Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit des Mannes oder der Frau muß der in Stellung Befindliche für den andern sorgen. Selbst wenn während dieser Zeit eine Scheidung eintritt, dauert diese Verpflichtung der Unterstützung so lange fort, bis sie nicht mehr notwendig ist. Die Ehe ist unter dem Sowjetstern ein rein bürgerlicher Kontrakt und die Scheidung ist leicht. Alles, was der Mann und die Frau zu tun haben, ist, daß sie sich über die Scheidung verständigen; diesen Entschluß haben sie zusammen mit ihrem Ehezeugnis oder einer schriftlichen Erklärung über ihre Ehe den Behörden zu übergeben und die Scheidung ist ihnen damit bewilligt.

Gegen die Vergewaltigung der Kunst. Das Präsidium der Deutschen Bühnengenossenschaft nahm in einer gestrigen Sitzung zu der Vorbereitung der geplanten Protestaktion gegen die Willkürakte der Justiz, insbesondere den grausamen Urteilspruch im Falle des Schauspielers Gärtners Stellung. Eine von Dr. Reitzel geleitete programmatische Kundgebung, die in Kürze der Presse zugänglich gemacht werden soll, wurde nach kurzer Diskussion gutgeheißen. In einer der ersten Oktoberwochen wird im Großen Schauspielhaus eine Riesenkundgebung für die Freiheit der Kunst stattfinden, der die Vertreter der literarischen und kritischen Publizität, sowie die Repräsentanten der kunstbühnenrechtlichen Verbände breiteste Resonanz leisten werden. In der Sitzung brachte der Anwalt Gärtners, Dr. Hamburger, einen Brief seines Klienten in Umlauf, der mit aller Deutlichkeit bewies, wie kleinliche Schlitane die „Ehrenhaft“ des Schauspielers in stoffes Gegenteil verzerrt.

Das Weltkriegsdenkmal. Der Reichskunstwart Dr. Rebsloh wird Mitte September das Bergland an der Oberweier aufsuchen, um festzustellen, ob in dieser Gegend ein geeigneter Platz zur Aufstellung des geplanten Reichsdenkmals für die Gefallenen des Weltkrieges ist. In der Fahrt werden auch Abgeordnete, Künstler, Schriftsteller und Vertreter der Behörden dieser Gegend teilnehmen. Ob die Errichtung eines solchen Denkmals der deutschen Republik im Hindenburg-Zeitalter überhaupt wünschenswert ist, erscheint uns zweifelhaft.

Schweizer Kunst in der Berliner Nationalgalerie. Die große Schweizer Kunstausstellung, die zurzeit in Karlsruhe gezeigt wird und die aus dem jetzigen Schaffen aller Teile des Landes mit einem Rückblick über die Schweizer Kunstübung des letzten Jahrhunderts zusammengestellt worden ist, soll nun auch in Berlin vorgeführt werden. Direktor Ruff will einen wesentlichen Teil der Schweizer Werke in der Nationalgalerie ausstellen.

Im Walthafen-Theater beginnen die Vorstellungen der Musikfestspiele „Was was anders“ von heute ab täglich um 8 Uhr.

Orgelkonzerte im Dom. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, beginnt der Domorganist Walter Fischer im Dom seine regelmäßigen Orgelkonzerte unter Mitwirkung namhafter Gesangs- und Instrumentalkünstler. Programme, die zum Eintritt berechtigen, zu 50 Pf. an der Kasse.

Bericht des Parteivorstandes.

Zum Heidelberger Parteitag.

In einer umfangreichen Denkschrift erstattet der Parteivorstand Bericht über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 1924/25. Dem Bericht geht eine allgemeine Darstellung der wichtigsten politischen Ereignisse im vergangenen Jahre voraus, in der der Wandel der parteipolitischen Verhältnisse und die Neugruppierung der Kräfte in Staat und Wirtschaft plastisch hervortreten. Bedeutsam ist der Hinweis des Berichtes auf die Schwächung der konservativen und militärischen Kreise zur Konfessionellen und plutokratischen Republik. „Für die Sozialdemokraten“, heißt es dann weiter, „würde das Befestigen dieser Kreise zum republikanischen Staat mit reaktionärem und kapitalistischem Inhalt die kräftigste Aufforderung bedeuten, der Republik demokratische Grundlage und sozialistischen Inhalt zu schaffen. Dazu bedarf es ungeheurer Anstrengungen, denn die Mentalität dieser Kreise hat sich nicht geändert.“

Als Beweis dafür wird in dem Bericht auf den Magdeburger Prozeß und seine Begleiterscheinungen hingewiesen. Die ungeheuerliche Heße, die in Verbindung mit diesem Prozeß gegen die Sozialdemokratie betrieben wurde, ebenso wie die daran sich anschließende Barmat-Heße wird in knappen Zügen geschildert. Um den Verleumdungen gegen die Partei die Spitze abzubrechen, wurde bekanntlich vom Parteivorstand ein Prüfungsausschuß eingesetzt, der alle in Frage kommenden Anschuldigungen gegen die Partei und ihre führenden Personen untersuchte. Der Bericht teilt mit, daß einer mit aller Strenge durchgeführten Untersuchung das Anklagematerial nicht standhielt, nur im Falle Gustav Bauer kam der Prüfungsausschuß in der damaligen Zeit zu der Überzeugung, daß für Bauer die Mandatsniederlegung erforderlich sei, die freiwillig erfolgte, die Anklagen gegen Bauer wurden aber Gegenstand eines Ausschlußverfahrens. In dem ordnungsgemäß durchgeführten Verfahren, dessen Bescheiderteinstellung Genosse Professor Dr. Einzheimer vorstand, wurde der von der Organisation ausgesprochene Ausschluß der Partei einstimmig aufgehoben.

Der Sachsenkonflikt.

Ein recht unerfreuliches Kapitel im Bericht bildet die Darstellung des Parteikonfliktes in Sachsen, der leider noch immer nicht erledigt ist. Trotz angestrengter Bemühungen der Parteinstellen ist es nicht gelungen, den aus dem Herbst 1923 stammenden Konflikt im vergangenen Jahre beizulegen. Einige Male schien es, als ob bereits der Boden für eine Einigung gefunden wäre, aber dann scheiterte die Einigung doch an diesen oder jenen Widerständen, durch die der Konflikt noch mehr verschärft und die Spannung im sächsischen Parteileben mitunter bis zur Unerträglichkeit gesteigert wurde. Im Parteivorstandsbericht werden alle Phasen dieses Konfliktes in chronologischer Reihenfolge ohne eigene Stellungnahme zu der Frage geschildert. Wichtig ist der Hinweis auf die letzte Phase des Konfliktes. Anfang Juli einigten sich die sächsischen Bezirksvorstände auf eine Entschärfung, monoch sie sich auf den Boden des vom Parteivorstand am 3. Juli gefaßten Beschlusses, den sächsischen Landtag sofort aufzulösen, stellten und sich bereit erklärten, im Interesse der Beilegung des Sachsenkonfliktes die sächsischen Ausschlußanträge gegen die Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion zurückzuziehen. Voraussetzung dafür sei, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtages einmütig einen Antrag auf Auflösung zustimmte. Leider kam aber auch auf dieser Grundlage keine Einigung zustande, da die Mehrheit der Fraktion nicht für die Auflösung des Landtages zu gewinnen war. Auch der Versuch des Parteivorstandes, eine Zwischenlösung herbeizuführen, blieb ergebnislos. Die Folge war, daß am 8. Juli der Antrag auf Auflösung des Landtages mit den gesamten Stimmen der Fraktionsmehrheit abgelehnt wurde. Dies ist die augenblickliche Lage des Konfliktes, über den nun der Heidelberger Parteitag die endgültige Entscheidung zu treffen haben wird.

Die Sozialdemokratie in den Parlamenten.

Von außerordentlichem Interesse sind die Abschnitte des Berichtes, die den Wahlen, sowie der Stellung der Sozialdemokratie in den Parlamenten, Gemeindevertretungen, Kreis- und Provinziallandtagen gewidmet sind. Eine Übersicht der Ergebnisse der Reichstagswahlen zeigt, daß der politische Tiefstand, der bei den Wahlen am 4. Mai 1924 erreicht war, jetzt überwunden ist. Während die Kommunisten seitdem in rapidem Abstieg begriffen sind, kann die sozialdemokratische Partei seitdem eine fortgesetzte Zunahme ihrer Stimmenzahlen verzeichnen. Stellt man die Resultate der beiden letzten Reichstagswahlen, sowie der Präsidentenwahl vom 29. März d. J. zusammen, so gewinnt man folgendes Bild:

	Reichstagswahlen		Präsidentenwahl	
	4. Mai 1924	29. März 1925	7. Dezember 1924	29. März 1925
Stimmen	29.708.745	30.283.966	30.283.966	29.992.108
Proz.	69,95	70,5	70,5	70,5
Abgeordnete	281.559	281.559	281.559	281.559
Proz.	3,60	3,60	3,60	3,60
Wählerliche Parteien	19.745.384	19.745.384	19.745.384	19.745.384
Proz.	66,0	66,0	66,0	66,0

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß der Prozentatz der sozialdemokratischen Stimmen seit dem 4. Mai 1924 von 20,5 auf 20,0 bei den Wahlen vom 7. Dezember und auf 20 bei den Präsidentenwahlen gestiegen ist. In derselben Zeit ist der Anteil der kommunistischen Stimmen von 12,6 auf 9,0 bzw. auf 7 Proz. gesunken. Diese Zahlen, zusammen mit der Tatsache, daß der Anteil der bürgerlichen Stimmen von 66 auf 64 Proz. gesunken ist, zeigen, daß der tiefste Punkt der politischen Entwicklung Deutschlands überwunden ist, und daß die Verdrängung der sozialdemokratischen Partei in den breiten Kreisen der Bevölkerung sich in steter Zunahme befindet.

Ein allgemeines Bild der Stärke der Sozialdemokratie in den ausgehenden Körperchaften des Reiches und der Länder ergibt sich aus folgender Tabelle über die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten am 1. Juli 1925:

Abg.	darunter Frauen	Abg.	darunter Frauen
Deutsch. Reichstag	181	16	
Preußen	114	17	
Sachsen	24	1	
Sachsen	40	4	
Württemberg	18	1	
Baden	21	2	
Thüringen	17	1	
Hessen	26	1	
Hansestadt Hamb.	53	6	
Preußen-Schwer.	15	0	
Dienburg	0	0	
Braunschweig	19	1	
Einbalt	15	0	
Hansestadt Bremen	47	5	
Zippe-Dehnb.	8	1	
Hansestadt Lübeck	20	8	
Preußen-Strelitz	8	1	
Salbed	5	0	
Schaumburg-Zippe	5	1	

Nicht minder interessant wie die vorstehenden Zahlen sind die Angaben des Berichtes über die Stärke der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreis- und Provinziallandtagen. Unter den Nachwirkungen der Inflationszeit hatte auch die Neuwahl der Gemeindevertretungen im Preußen am 4. Mai 1924 einen Mandatsrückgang gebracht. Doch die in einzelnen Gemeinden vorgenommenen Wahlen, bei denen die Sozialdemokratie ihre alte Stärke wiedergewonnen hat, bewiesen, daß die Verluste bei einer Neuwahl wieder weitgemacht werden dürften, trotz des eben erwähnten Mandatsrückganges

jählen wir nach der letzten genauen Erhebung — der ersten, die nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien stattgefunden hat. — 45488 sozialdemokratische Gemeindevertreter und zwar in 1080 Städten 6233 männliche und 270 weibliche Stadtverordnete und in 6967 Orten 30750 männliche und 197 weibliche Gemeindevertreter; in 711 Städten haben wir 1500 Magistratsmitglieder, in 2024 Orten 2829 männliche und 1 weibliches Mitglied in den Gemeindevorständen; an Kreisratsmitgliedern zählen wir in 531 Kreisen 3218 und in den Provinziallandtagen 419 männliche und 11 weibliche Vertreter.

Organisation und Agitation.

Leider hat sich die Zunahme der politischen Werbestärke der Partei noch nicht in entsprechendem Maße im Organisationsleben selbst ausgewirkt. Obwohl die Mitgliederzahlen seit Mitte vorigen Jahres in zahlreichen Gebieten eine steigende Tendenz aufweisen, ist der Rückgang der organisierten Mitglieder, der als Folgeerscheinung der Inflationsperiode, der wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit und der niedrigen Löhne eingeleitet wurde, noch nicht weitgemacht worden. Die Zahl der männlichen Mitglieder sank im Berichtsjahre um etwa 100.000, während an weiblichen Mitgliedern 5000 mehr gezählt wurden. Nur in 7 von 32 Bezirksorganisationen, und zwar in Berlin, Breslau, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Niederrhein, Oberbayern-Schwaben und Baden, steigerte sich in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 die Zahl der männlichen Parteimitglieder, alle übrigen hatten Verluste zu verbuchen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 844.485, darunter 153.693 Frauen.

Das innere Gefüge der Parteioorganisation muß als durchaus gesund und zufriedenstellend bezeichnet werden. Die agitatorische Betätigung bei den zahlreichen Wahlkämpfen wie der innere Ausbau des Organisationskörpers lassen dies erkennen. Der unter dem Druck der Inflation erfolgte Abbau der Organisationseinrichtungen konnte wieder voll rückgängig gemacht werden. Auch die Agitationsarbeit des Parteivorstandes ist im Berichtsjahre wieder zur Entfaltung gekommen. Obwohl die Barmittel kurz nach der Währungsstabilisierung sehr beschränkt waren, konnte den Bezirken außer Gratislieferung von Plakaten, Broschüren und Flugblättern noch Barzuschüsse in der Höhe von 124.000 Gm. gewährt werden. Für die Reichstagswahlen am 4. Mai und 7. Dezember wurden über 60, teils illustrierte, Flugblattentwürfe den Bezirksleitungen in Form von Matrizen zur Verfügung gestellt. Auch zur Haupt- und Nachwahl des Reichspräsidenten wurden trotz der Kürze der Zeit zehn verschiedene Flugblätter angefertigt. Nach den Angaben der Bezirksleitungen wurden mehr als 20 Millionen Flugblätter verbreitet, ungerchnet derjenigen, die große städtische Ortsvereine für sich allein herausgegeben haben. Neben den Wahlhandbüchern für die beiden Reichstagswahlen und der preußischen Landtagswahl wurden Referenten und Funktionäre mit Referententmaterial und Rededispositionen, die jedesmal in einer Auflage von 10.000 bis 15.000 Exemplaren gedruckt wurden, unterstützt. Den Bezirken wurden unentgeltlich Plakate in einer Anzahl von 3,2 Millionen Stück zur Verfügung gestellt. Außer den Wahlflugblättern gelangten 17 verschiedene Broschüren und 10 Flugblätter über verschiedene Spezialfragen zur Verteilung. Dazu kommen noch 18 verschiedene Flugblätter (SPD-Material) in einer Auflage von je 10.000 bis 20.000 Stück.

Der laut Beschluß des Görlicher Parteitages begonnene Vertrieb von Parteiabzeichen in Form von Abzeichen und Broschüren ist auch im Berichtsjahre fortgesetzt worden. Am 4. April 1925 wurde mit dem Vertrieb begonnen, insgesamt wurden 438.435 Stück Abzeichen an Parteimitglieder abgegeben. Hierzu ist im Berichtsjahre der Vertrieb schwarzrotgoldener Fahnen in großem Umfange hinzugekommen. Am 1. Juli 1924 wurde die Fahnen- und Abzeichenvertriebsstelle errichtet, der es mit Hilfe unserer Bezirksleitungen gelungen ist, innerhalb eines Jahres rund 100.000 schwarzrotgoldene Fahnen abzusetzen.

Frauen- und Jugendbewegung.

Wie bereits erwähnt, weist die Mitgliederbewegung eine Zunahme von mehr als 5000 weiblichen Mitgliedern auf. Allerdings muß hierbei festgestellt werden, daß in 14 Bezirken eine Abnahme zu verzeichnen ist, die jedoch durch die Zunahme in den übrigen Bezirken mehr als wettgemacht wird. Das Zahlenverhältnis der weiblichen Mitglieder zur Gesamtzahl der Mitglieder bewegt sich zwischen 5,8 und 27,6 Proz. bei einem Durchschnitt von 18,2 Proz. In trassendem Verhältnis hierzu steht die sozialdemokratische Frauenvertretung in den Gemeinden, sowie in den Kreis- und Provinziallandtagen. Unter insgesamt 6500 Stadtverordneten sind nur 270 oder 4 Prozent Frauen. Schlimmer noch als in den Städten ist es in den ländlichen Gemeinden. Hier finden wir sogar nur 0,8 Proz. an Frauen als Gemeindevertreter. In den Kreis- und in den Provinziallandtagen fehlen die Frauen fast ganz. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich auch in der Beteiligung der Frauen innerhalb der Parteiführung, d. h. in den Vorständen, zu deren Arbeit die Frauen nicht in entsprechendem Maße herangezogen werden.

Als besonderer Zweig der Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen hat sich im Berichtsjahre die Arbeit in den Institutionen der Arbeiterwohlfahrt entwickelt. Nachdem im September 1924 in Hannover eine über jedes Erwarten gut besuchte Reichskonferenz stattgefunden hatte, wurde der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt organisatorisch ausgebaut. Die Arbeiterwohlfahrt hat im Berichtsjahre äußerst fruchtbringend gearbeitet und sich als ein wertvolles Hilfsmittel zur systematischen Beschäftigung und Weiterbildung arbeitsfreudiger Genossinnen erwiesen.

In der Arbeiterjugendbewegung ist leider ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Wenn zu Beginn des Jahres 1924 im Verband der sozialistischen Arbeiterjugend eine recht erfreuliche Mitgliederzunahme festzustellen war, so hat dieser Aufschwung sich nicht fortgesetzt. Ende 1924 zählte der Verband in 34 Bezirksverbänden rund 95.000 Mitglieder im Alter von 14 bis 16 Jahren. Die Verbandszeitschrift „Arbeiter-Jugend“ hielt im Laufe des Berichtsjahres eine Auflageziffer, die zwischen 50.000 und 55.000 schwankte.

Die Zahl der Jungsozialistengruppen betrug am Jahresende 179, in denen rund 4000 Mitglieder vereinigt sind. Diese Gruppen widmeten sich vor allen Dingen der theoretischen Ausbildung, die durch die Veranstaltung von Diskussionen über aktuelle politische oder wissenschaftliche Probleme gefördert wurde.

In den weiteren Abschnitten des Berichtes wird über die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, über die Beamtenschaft, die sozialdemokratische Bewegung, das sozialdemokratische Bildungswesen, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, das Parteiarchiv, die Tätigkeit des Parteiausschusses, die Parteipresse und das Verlagswesen der Partei berichtet. Ein Abschnitt über die sozialistische Arbeiterinternationale, sowie eine eingehende Kostenabrechnung der Bezirksorganisationen und des Parteivorstandes beschließen den reichhaltigen Bericht.

Der dritte Mann.

Es gibt da ein amüsantes Spiel, das die Kinder oft und gern spielen: Dritten Mann abschlagen. Das ist eine ewige Heßjagd nach dem Schuldigen, dem Stein des Anstoßens sozusagen. Einer drängt sich vor den anderen, und wer den verhängnisvollen Mißschlag erhält, der stürzt in lieberhastiger Eile los, um das Omen dieses Schuldpruches von sich abzustreifen. Ein wirrer Kreislauf der Gefühle. Wo war der Schuldige? Wer war der Erreger? An Wanne steht ein Kind, das will spielen. Wir sind, mit Verlaub, auch so eine Art kindlicher Amokläufer geworden. Wo steckt der Teuerungserreger? Wer ist's, der den Massen den Hunger in den Magen treibt? Der Herr Dr. Luther und seine deutschnationalen Genossen haben die Felle gezeugt, da ist nun sicherlich kein Zweifel. Aber der Vater des Reichs will ja abbauen. — Dritten Mann abschlagen! Herr Luther, warum laufen Sie so stürmisch? Das hat seine Ursache. Er juckt den Mann dem er den Zollabschlag weitergibt. Da ist der Einzelhandel. Da sind die Engroschlichter. Die Wadenschlichter, die Fleischer. Einer drängt sich vor den anderen. Es ist ein wirrer Kreislauf der Gefühle. Der Schuldgefühle. Nur das Publikum, das dieses lustige Training der beunruhigten Gewissen mit anseht, ist nicht so interessiert, wie, sagen wir, die väterlichen und mütterlichen Managers auf einem Kinderfest. Es liegt da etwas in der Luft. Sie jucken den dritten Mann. Die Zielscheibe für den Hungerwinter. Aber unsere Rügen beginnen zu knurren. Und Klimente zählt im allgemeinen derjenige, der das Kind in diese unvollkommene Schöpfung setzte. Es ist ein Kennen von Don Quichottes beim Turnier gegen Windmühlen. Nur mit dem Unterschied, daß unsere Windmühlenscheiter über ... Warum sehr gut Bescheid wissen.

Die Schwindellegion.

Wiener Kriegsordennepp in Berlin.

Seit längerer Zeit befaßt sich ein Wiener Verein, der sich „Österreichische Ehrenlegion“ nennt, mit der Ausgabe von sogenannten „Kriegserinnerungskreuzen“. Geschäftsführer dieses Vereins hatten sich auch bereits in Deutschland gebildet, als die österreichischen Behörden die Gründung dieses Vereins unterjagten. Der vom Verein gebildete „Ordnerrat“ und die sogenannte „Ordnungsstelle“ wurden behördlich aufgelöst. Seither scheinen die hinter dieser Vereinsbildung stehenden Personen, insbesondere der österreichische Hauptmann a. D. Roland Held und ein Major a. D. Gustav Martinides, das Feld ihrer Tätigkeit nach Deutschland verlegt zu haben, wo die Behörden bisher noch nicht gegen die Bildung des Vereins eingeschritten sind. Außer einem immer lebhafter werdenden Verstoß der erwähnten Erinnerungskreuzer beruht nunmehr ein gewisser Wille Reinke als „Landesvorsitzender des österreichischen Kriegserinnerungskreuzes“ (Österreichische Ehrenlegion) für Berlin und Brandenburg einen Begrüßungsabend zu Ehren des „Ordnungsstanzlers“ der „Österreichischen Ehrenlegion“, Roland Held, für den 12. d. M. in das Weinhaus „Rheingold“ ein. Zur Illustration des Programms ist die in dem Punkt 4 ... führte „Überreichung der Kriegserinnerungskreuzer an die zu dekorierenden Ritter durch den Ordnungsstanzler“ bezeichnend. Es erübrigt sich wohl zu sagen, daß ein österreichischer Verein, dessen Bildung in Österreich unterjagt und auch verhindert wurde, um so weniger Daseinsberechtigung außerhalb Österreichs besitzt und eine von ihm um 5 M. verkaufte Dekoration vollkommen wertlos ist. Interessenten werden vor einer gänzlich nutzlosen Beteiligung an der angelegten Veranstaltung gewarnt.

Die „Höllmaschine“.

Eine verdächtige Sendung traf vor einigen Tagen bei dem Postpaketamt auf dem Anhalter Bahnhof ein. Es war eine Kiste von erheblicher Größe. Die Anschrift auf ihr und dem Begleitschein lautete: „An den Obersten Kriegsherrn, Kaiser Wilhelm I., Barocklager 1, Berlin.“ Begleitschein und Adresse des Paketes trugen den Adressatennamen „Konditorei Fürst, Salzburger, Brotgasse 5“. Die Post wußte nicht recht, was sie mit der Sendung anfangen sollte, vermutete eine Höllmaschine und übergab die Kiste der Kriminalpolizei. Diese schaffte sie auf den Gefängnishof des Polizeipräsidenten und öffnete sie unter Anwendung aller Vorsichtsmassregeln und fand darin statt der gefürchteten Höllmaschine eine schöne Torte von der Größe eines Automobilvorderrades. Nun war aber doch noch die Frage, ob die Torte nicht vielleicht vergiftet sein könnte. Ein Beamter entlockte sich mutig, eine kleine Probe zu wagen. Es ergab sich, daß sie keinerlei Gift enthielt, dagegen sehr wohlnehmend war. Nach diesen Feststellungen wurde die Torte dem Weissenhaus übergeben. Was der unbekannte Absender mit der Sendung bezweckte, läßt sich nicht feststellen.

Ein neuer Dachstuhlbrand.

Im Dachstuhl des Hauses Bernauer Straße 5, an der Ecke der Ackerstraße, brach heute morgen gegen 5½ Uhr Feuer aus. Die Turmwachen der Emmauskirche und des Rathauses Schöneberg merkten den Brand alsbald und meldeten ihn zu gleicher Zeit der Feuerwehr. Die Brandwache 10 rückte mit 3 Jügen aus und bemächtigte das Feuer, das noch keine große Ausdehnung angenommen hatte, in 1½ stündiger Arbeit. Der Dachstuhl wurde zum Teil zerstört und die Wohnungen des obersten Geschosses erlitten durch das Wasser auch diesmal wieder schweren Schaden. Die Brandkommission der Kriminalpolizei besaß sich sofort an Ort und Stelle, um die Ursache zu untersuchen. Ihre Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es läßt sich deshalb noch nicht sagen, ob abermals eine Brandstiftung vorliegt. Der Brandort liegt diesmal im Norden der Stadt in der Nähe der Verdhmuskirche.

Ein Protest der Arbeitsinvaliden.

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden wird uns geschrieben: „Durch den Beschluß des Reichsrats vom 5. September, den Sozial- und Kleinrentnern eine wirksame Sicherung zu bieten, daß ihnen eine gehobene Fürsorge zuteil wird, indem in der Regel die Richtsätze für Sozial- und Kleinrentner um wenigstens ¼ höher sein müssen als für andere Hilfsbedürftige, wird der jetzige unhaltbare Zustand nicht beseitigt. Der Beschluß nimmt den unsozialen Gemeinden nicht die Möglichkeit, in ihrer bisherigen Art den Sozialrentnern völlig ungenügend zu helfen. Für die sozial hochstehenden Gemeinden ist der Beschluß vielfach nicht durchzuführen. Wenn aber dieser Beschluß wortgetreu durchgeführt würde, bedeutete er, daß eine Gemeinde, deren Unterstützungssatz 60.— M. im Monat beträgt, diesen um 15.— M. erhöhen müßte und in einer Gemeinde, wo nur 24.— M. Unterstützungssatz besteht, würden nur 6.— M. mehr gegeben werden. Wir protestieren entschieden dagegen, daß man solche wichtigen Fragen ohne Fühlungnahme mit den Interessenten-Organisationen durchführt. Wir erblicken darin eine grobe Mißachtung der Veteranen der Arbeit.“

Halte die Ufer frei!

Um die Ufer der öffentlichen Gewässer kämpfen die privaten Grundbesitzer in hartnäckigen Widerstand. Daß Fluß- und Seeufer ein Gemeingut des Volksganges sein müssen, will die Eigentümern nicht geben. In den zum Verwaltungsbezirk Zehlendorf gehörenden „vornehmen“ Siedlungen der Havelgegend hat der Plan, den erholungsbedürftigen Berlinern den Zugang zu öffentlichen Gewässern durch Anlegung von Uferwegen zu sichern, einen „Entrüstungsturm“ hervorgerufen. Eine Versammlung von Bewohnern der Wassergrundstücke, die in Wannsee tagte, hat „energischen Protest“ gegen diesen Plan erhoben und erklärt, daß sie darin „eine Vergewaltigung ihrer in der Reichsverfassung gewährtesten Rechte als Staatsbürger und einer Beschl

gegen das Gesetz betreffend Uferstraßen und Fischläden" steht. Die Herrschaften nehmen dem Wunsch etwas nach, aber es ist zu hoffen, daß die Befreiung ihnen nicht helfen wird. Die See- und Flußufer sind Gemeingut — dieser Grundsatz muß Geltung erlangen trotz allem Widerstand privaten Besitzes.

Bewucherung der Sozialrentner.

„Billige“ Kohlen über den Richtpreis.

Die Stadtverwaltung bereitet für diesen Winter wieder die Bewucherung der Sozial- und Kleinrentner mit Brennmaterialien, namentlich mit Breitsaß, vor. Ueber die Preisgestaltung und über die Organisierung fand, wie wir früher, eine Besprechung der Wahlprüfungsbeiräte der einzelnen Bezirke statt. Die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kohlenhändler verlangt als besondere „Bergünstigung“ (!) für einen Zentner Breitsaß bei Selbstabholung durch die Rentner (!) nicht weniger als 1,43 M. Dieselben Herrschaften haben im „Kohlenhändler“ vom 28. August als Richtpreis für die Lieferung an Behörden den Preis von 1,39 M. festgelegt. Dabei versteht sich dieser Preis nicht etwa für abzubeholende Ware, sondern für Kohlen, die der Händler auf den Hof der betreffenden Behörde zu liefern hat. Es wäre überhaupt an der Zeit, die Preisfeststellungen der Kohlenhändler einmal nachzuprüfen. Es würde sich dabei herausstellen, daß die Preisberechnung so erfolgt, daß für eine nun einmal vorhandene Anzahl von Kohlenhändlern eine Lebensstellung möglichst mit Pension und jährlichem Aufenthalt an der Riviera garantiert wird. Infolge der Kriegswirtschaft und der großen Kohlennot hat die Zahl der Händler viel mehr zugenommen als es bei dem verringerten Absatz der Fall sein dürfte. Von dem Konsumieren wird jetzt verlangt, daß die Ueberfütterung des Handels mit überflüssigen Existenzen zu seinen Lasten tragen soll. Das schlägt allen gebunden hauswirtschaftlichen Grundfragen direkt ins Gesicht. Wenn ein großer Betrieb sich nicht mehr rentiert, wird er geschlossen und die Arbeiter entlassen. Wenn der Absatz für die Zahl der Kohlenhändler zu gering ist, wird einfach auf dem Wege über die Arbeitsgemeinschaft der Kohlenhändler der Preis so hoch festgelegt, daß jeder einzelne Händler existieren kann. Dazu hat eigentlich die Stadt Berlin eine eigene große und leistungsfähige Kohlenhandels-gesellschaft. Man könnte doch mindestens erwarten, daß im Zeitalter der Preisabwertung der Reichsregierung der Magistrat sich von seiner eigenen Kohlenhandels-gesellschaft deren Selbstkostenrechnung vorlegen läßt, um die unverschämten Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Kohlenhändler auf ihre Berechtigung nachzuprüfen. Die Berliner Brennstoffgesellschaft muß doch so geleitet sein, daß sie in der Lage ist, mit exakten Angaben dienen zu können. Die Bewucherung erachtet jedenfalls vom Magistrat, daß er gegen die Bewucherung der Sozialrentner bei diesen Kohlenlieferungen energisch Front macht.

Kein Generalfstreik der Mieter.

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. legt Wert auf die Feststellung, daß er der Forderung einer Berliner Abendzeitung, monach ein Generalfstreik der Mieter geplant sei, völlig fern stehe.

Eine neue Jugendherberge am Gamensee. Am Sonnabend fand die Uebergabe der neuen Jugendherberge „Gamensee“ bei Tienensee durch Landrat Mengel vom Kreise Oberbarnim an den Zweigverein des Reichsbundes für deutsche Jugendherbergen statt. In anbetrach des schlichten Weites hatten sich nur wenig Jugendwandler eingetunden. Am Sonntag war der Besuch bei dem Floren, wenn auch fühlbar Herbsttag bedeutend stärker und mit Regitationen, Spiel und Volkstänzen wurde die Eröffnung der Jugendherberge feierlich gefeiert. Die Herberge, die sehr hübsch am Gamensee liegt, bietet 150 Personen Unterkommen. Ein ständig dort wohnender Herbergswater sorgt für Reinhaltung und Ordnung der schönen Herberge.

Die 20. Berliner Seifen-Industriemesse wurde am letzten Sonntag mit einem Quartettabend von Mitgliedern des Deutschen Opernhouses Charlottenburg und durch eine Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Seifenhändler im großen Saalbau der Brauerei Friedrichshagen eröffnet. Der Besuch der Ausstellung, die bis Dienstag, den 8. September, geöffnet ist, war gleich am ersten Tage sehr groß.

Der verschwundene Ehemann.

Der Händler Bente aus Raugard lebte seit längerer Zeit mit seiner Frau und seinen erwachsenen Söhnen in Unfrieden. Vor einigen Wochen verließ er nach einem heftigen Streit seine Behausung und kehrte nicht wieder zurück. Da er auch den Angehörigen und Bekannten kein Lebenszeichen gab, so tauchte, durch Ratssch unterstüht, der Verdacht auf, der Vermisste sei von seiner Frau und den Söhnen ermordet worden. Obwohl trotz eifriger Suchens der Behörden die Leiche des Vermissten nicht gefunden wurde, nahm man die Frau unter dem Verdacht des Mordes an ihrem Ehemann fest und brachte sie in Untersuchungshaft, wo sie bis Sonnabend voriger Woche verblieb und ihre Entlassung wäre auch dann noch nicht erfolgt, wenn am dem Tage ihr Mann nicht plötzlich nach Hause zurückgekehrt wäre. Der Mann, welcher solange außerhalb war, mußte nicht, unter welsch schwerem Verdacht seine Angehörigen gestanden hatten.

Amundens Schiff Maud ist nach San Francisco abgegangen, wo es verkauft werden soll.

Uisko des Fluges St. Franzisko-Honolulu. Auch der letzte Teilnehmer am amerikanischen Riesentag mußte wegen Benzinmangels 200 Meilen östlich Honolulu niedergehen. Man befürchtet, daß die fünf Insassen dieses Flugzeuges im Meer ertrunken sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 10. Okt. Die Funktionärskonferenz fällt heute abend aus.
- 24. Okt. Mittwoch, 7 1/2 Uhr. Zählende: Gruppe 1 bei Köster, Immanuelstr. 26; Gruppe 2 bei Schmidt, Marienburger Str. 45; Gruppe 3 bei Schick, Christburger Str. 26. Vortrag des Gen. Westphal: Der Grund des „Bewegungsfeldes“; Gruppe 4, 8 Uhr, bei Köhler (Schwergelhauschen), Gellertstr. 60. Vortrag des Gen. Westphal über Kommunalpolitik.
- 42. Okt. Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr. Funktionärskonferenz bei Witzdorn, Urbanstr. 6. Versammlung, Mittwoch, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr. Frauenabend bei Möbius, Kollwitzstr. Thema: Warum Schuggeß? Referent Ernst Gebhardt, Berlin.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Lohnkonflikt bei der Reichseisenbahn.

Man schreibt uns:

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft überschreitet zurzeit die Tageszeitungen mit dem Stand ihrer Finanzen und gibt dabei an, daß 68 Proz. ihrer Einnahmen für Personalbesoldung und Löhne aufgewendet werden müssen. Dabei wird jedoch verschwiegen, wie sich die Ausgaben auf die einzelnen Gruppen der Beamten und Arbeiter verteilen. Für eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne seien keine Mittel vorhanden. Wenn die Deutsche Reichsbahngesellschaft wirklich so schlecht daran ist, weshalb ist sie dann in der Lage, die das Personal demoralisierenden Leistungszulagen aufzubringen? Diese sollen, nach den Angaben der Gesellschaft selbst, jährlich etwa 100 Millionen betragen, von denen in der Hauptsache nur die höchsten und höheren Beamten profitieren. Die Arbeiter sind davon überhaupt ausgeschlossen.

Es ist verwunderlich, daß die Beamten und Arbeiter sich diese Begrünstigung einzelner „Strebjamen“ zu ruhig gefallen lassen. Mit diesen 100 Millionen und den von der Gesellschaft in Aussicht gestellten weiteren 120 Millionen ließe sich ganz bestimmt eine erträgliche Aufbesserung der Löhne erzielen. Aber man will einfach nicht und will so die Arbeiter in den Streik treiben, ohne Rücksicht darauf, daß ein Streik dem deutschen Volke einen unermesslichen Schaden verursachen wird, der nicht mit 100 und 200 Millionen, sondern bedeutend höher anzusetzen ist.

Daß die unteren Beamten und vor allem die Arbeiter der Reichsbahn dringend einer Aufbesserung bedürfen, ist zweifellos, da die amtlichen Angaben selbst eine eineinhalbfache Steigerung der notwendigen Lebensmittelposten feststellen. Daß die Beamten — aber beiseite nicht die höchsten und höheren — samt den Arbeitern die Finanzen gesund gehalten haben, haben die höchsten Leistungsbezüge selbst zugegeben. Bis jetzt hat man aber von den führenden Männern nur schöne Worte gehört, doch keine Taten gesehen! Wie wäre es, wenn sich diese Herren und insbesondere auch der zukünftige Schlichter in der Lohnstreitfrage einmal 8 bis 10 Tage mit dem Lohn eines Eisenbahnarbeiters begnügen würden, um am eigenen Leibe zu erfahren, welche Gefühle ein unzureichender Lohn erweckt? Aber, wie gesagt, nichts als Worte; Taten fehlen und der frasseste Egoismus regiert. Ein Beamter der Gruppe 4 muß vierzehn Jahre arbeiten, um soviel zu verdienen, als die Jinsen des Jahresgehalts des Generaldirektors allein ausmachen! Die Präsidenten der Reichsbahndirektionen beziehen 20 000, 15 000, 12 000 M. an Leistungsulagen! Entsprechend abgeflusste Beträge erhalten dann die höheren Beamten bis herab zur Gruppe 10, während der Rest mit ganz kleinen Teilbeträgen abgepolstert wird. Diese Millionen bilden einen Ueberfluß! Warum wird er nicht entsprechend verwendet (denken wir nur an die Wohnungsnot!), anstatt in die Taschen einiger Weniger zu fließen?

Bei einer richtigen Verwaltungspolitik wären die Beträge zur Aufbesserung sehr wohl von der Reichsbahngesellschaft aufzubringen, wenn sie nur den Mut hierzu aufbrächte und das Sprichwort: „Der Gaul, der den Hafer verdient, frisst ihn nicht“, in ihrem Geschäftsbereich nicht gelten lassen würde.

Der Protest der Eisenbahner.

Cassel, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Hier fand gestern eine große öffentliche Kundgebung der Eisenbahner statt, die nach einem Referat von Menne einstimmig eine Entschliesung annahm, in der es heißt:

„Die erhobenen Forderungen stellen das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt der im Reichsbahnbetriebe beschäftigten Bediensteten dar. Die Gewerkschaften haben allgemein die allergrößte Rücksicht auf Staat und Wirtschaft geübt. Eine weitere Rücksichtnahme ist in Anbetracht der Lebenshaltung und der unausgeheft aufwärts-schnehenden Preisentwicklung auf allen Gebieten unmöglich. Eine weitere Niederhaltung der Löhne und Gehälter liegt in keinem Falle im Interesse weiter Wirtschaftsgruppen. Die Verarmung spricht ihren Verhandlern in den Vorverhandlungen sowohl wie in der Schlichtungsphase das volle Vertrauen aus. Die Verarmten sind gewillt und fest entschlossen, bei nicht zustandekommender Einigung dem Ruf der Zentralvorstände zu folgen, um gegebenenfalls durch Kampf zu erzwingen, was auf friedlichem Wege nicht gegeben werden ist.“

Eine am Sonnabend und Sonntag in Frankfurt a. d. D. tagende Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner des Bezirks Osten nahm eine ähnliche Entschliesung an.

Der Streik im Röhrenhandel beendet.

Am Laufe des gestrigen Nachmittags kam es noch zu Verhandlungen zwischen den Unternehmern des Röhrenhandels und dem Deutschen Verlehrsband. In diesen Verhandlungen wurde eine Einigung dahingehend erreicht, daß die Löhne um 10 Proz. erhöht werden, statt der im Schiedspruch festgesetzten 7prozentigen Lohnerhöhung. Das Lohnabkommen gilt vom 21. August bis zum 2. Oktober.

Eine Solloversammlung der im Röhrenhandel Beschäftigten nahm zu dem Verhandlungsergebnis sofort Stellung und beschloß, das Angebot der Unternehmer anzunehmen. Die Arbeit ist demzufolge heute früh in allen bestreikten Betrieben geschlossen wieder aufgenommen worden.

Dieser einlägige Streik hat gezeigt, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft den Unternehmern Erfolge bringen kann. Möge dieses Beispiel den Arbeitern, die der Organisation noch fernstehen, zeigen, daß sie ihre wirtschaftliche Lage nur mit Hilfe einer schlagkräftigen Organisation verbessern können.

Die Papier- und Pappenarbeiter für den Schiedspruch.

In einer gut besuchten Gruppenversammlung der in den Papier- und Pappenbetrieben Beschäftigten berichtigte Rüdert dem Fabrikarbeiterverband über die Lohnverhandlungen. Sie gestalteten sich außerordentlich schwierig, da die Arbeitgeber unter Hinweis auf die Preisabwertung der Regierung nicht gewillt waren, die Löhne aufzubessern.

Nachdem die tariflichen Schiedsinstanzen vergeblich vermittelt hatten, fällt der Schlichter, Herr Oberregierungsrat Albrecht, einen Schiedspruch. Der Spruch gilt vom 13. August bis 7. Oktober 1925

und sieht einen Stundenlohn für den Papiermaschinenführer nach 82 Pf. vor. Der Lohn der Frauen beträgt 70 Pf. des Männerlohnes der Gruppe 1.

Nach einer sehr regen und lebhaften Diskussion nahm die Versammlung den Spruch gegen eine starke Widerheit an.

Lohnbewegung im rheinischen Braunkohlenevier.

Köln, 7. September. (Zll.) Auf den Antrag einer Lohn-erhöhung um 35 Proz. der Bergarbeiterverbände antwortete der Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenevier, daß die im Kreis üblichen Löhne in angemessenem Verhältnis zu den Löhnen der übrigen Hauptindustrien des Kölner Wirtschaftsgebietes ständen. Der Arbeitgeberverband werde weiterhin bestrebt sein, die Löhne auf dieser Linie zu halten; er sei jederzeit zu Lohnverhandlungen bereit, falls eine merklliche Verschlechterung dieser Lohnverhältnisse zu Ungunsten der Bergarbeiter eintreten sollte. Er lehne es aber ab, über eine Forderung von 35 Proz. zu verhandeln und müsse unter diesen Umständen davon Abstand nehmen, einen Termin für die Verhandlungen anzuberaumen, deren ergebnisloser Verlauf von vornherein feststeht.

Der Streit in der Zuckerindustrie Mecklenburgs.

Rostock, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Streit in der mecklenburgischen Zuckerindustrie dauert an und droht sich auch auf die Fabriken auszudehnen, die bisher noch nicht im Streit standen. Der Kampf geht um die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung. Bis jetzt hatten die Arbeiter der Zuckerindustrie in Mecklenburg einen Stundenlohn von 50 Pf. in der ersten und 46 Pf. in der zweiten Klasse. Dagegen betrug der Durchschnittslohn der übrigen Arbeiter in den Orten mit Zuckerindustrie schon 58 und 60 Pf. Der amtliche Schlichtungsausschuß Reustrelitz, der von den Unternehmern angerufen wurde, hat jetzt einen Spruch gefällt, wonach die Löhne um 7 Pf. mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember erhöht werden sollen. Darüber hinaus ist für die Monate Oktober, November und Dezember eine Lohnsteigerung im gleichen Ausmaß vorgesehn, wie die Reichsindustrie sich bewegt. Inzwischen sind aber die Löhne der übrigen Arbeiterschichten wieder erhöht und teilweise sogar, wie in Lübeck, vom Schlichter für verbindlich erklärt worden. Auf Grund dessen wurde die Lohnerhöhung von 7 Pf. einstimmig abgelehnt. Bergeweis bemühen sich die Arbeitgeber in der bürgerlichen Presse, Streikbrecher für die Zuckerindustrie Mecklenburgs zu erhalten. — Zugug ist auf alle Fälle fernzuhalten.

Schiedspruch für die Sprengstoffindustrie.

Köln, 7. September. In den Lohnverhandlungen zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Fabrikarbeiter, dem Verband der Maschinen- und Heizer und den übrigen an dem Tarifvertrage beteiligten Gewerkschaften einerseits und dem Arbeitgeberverband der chemischen Sprengstoffindustrie Kölns andererseits wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Tariflöhne und die Kopplöhne ab 3. August 1925 um 8 Proz. für Betriebsarbeiter Gruppe 2 erhöht werden, im übrigen gilt der bisherige Tarifvertrag. Der neue Tarifvertrag ist jederzeit mit einer Frist von 14 Tagen, erstmalig zum 31. Januar 1926, kündbar. Die Erfahrungsfrist läuft am Donnerstag, den 10. September, nachmittags, ab.

Gefordert waren 20 Proz. Lohnerhöhung. Die Annahmen dieses Schiedspruches durch die Arbeiter ist mithin zweifelhaft.

Englischer Gewerkschaftskongreß.

Scarborough, 8. September. (B.I.R.) An dem heute eröffneten Gewerkschaftskongreß nehmen 724 Vertreter der im ganzen 4 342 982 Gewerkschaftsmitglieder teil; anwesend sind auch 2 Vertreter des Allgemeinen Ausschusses Gewerkschaftler, sowie Delegierte aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko, sowie auch schließlich Vertreter der Antiradikaler Internationaler.

In seiner Eröffnungsrede erklärte der Vorsitzende Swales u. a.: Die Gewerkschaften müßten noch besser organisiert werden und der Generalrat der Gewerkschaften müsse Vollmacht erhalten, um eine Organisation zu schaffen, die zur Führung des Kampfes notwendig ist. In dem letzten Jahre hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage weiter verschlechtert. Demgegenüber haben seit dem Jahre 1921 sich die Gewerkschaften aus der großen Krise wieder zu gesundem Leben entwickelt. Die Unternehmer, die der Meinung sind, daß sie die organisierte Arbeiterschaft noch mehr herabdrücken können, mögen sich warnen lassen. Die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung bei dem Konflikt mit den Bergarbeitern läßt Hoffnungen in Bezug auf die ganze Gewerkschaftsbewegung zu. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder durch Bildung von Sondergewerkschaften um 15 Proz. zurückgegangen. Die Kampfe der Arbeiterschaft in Indien und China verfolgen wir mit Sympathie. Eine neue Entwicklungsphase von Weltbedeutung hat begonnen. Die Lage der indischen Textilarbeiter, der Bergarbeiter, Eisenbahner und anderer Arbeiter und ihre Löhne müssen von jedem verantwortungsvollen Unternehmer abgelehnt werden. Die britischen Gewerkschaften müssen diesen Teil der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe beistehen, damit sie aus dem Zustande der Lohnflaverei zu einer höheren Lebensführung gelangen.

Schon die Anwesenheit der Vertreter Moskous, noch mehr aber die Eröffnungsrede Swales, der zum radikalen Flügel gehört, deutet darauf hin, daß von diesem dem sogenannten rechten Flügel eine Entscheidungsschlacht geschlagen werden soll. Man darf allerdings den Radikalismus der englischen Gewerkschaften nicht verwechseln mit Bolschewismus oder mit revolutionärer Einstellung im sozialistischen Sinne. Der englische Radikalismus hat sehr konkrete, sozusagen hausbackene Ursachen und Ziele.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Freitag abends 8 Uhr, im Saale des Verbandsheures, Johannistr. 14-15. Versammlung sämtlicher im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierter Betriebsräte der öffentlichen Räumereibetriebe. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird neuzähliger Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Cederhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Götzen; Kunst: A. B. Schäfer; Lokales und Sonstiges: Fritz Kottkötter; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagshaus Carl Singer u. Co., Berlin G. M., Lindenstraße 1.

Nachruf!
Am Freitag, den 4. September, früh 7 Uhr, entschlief unser Kollegin
Frau Ella Bartel
an den Folgen der schweren Verletzungen, die sie bei dem am 24. August stattgefundenen tragischen Brandunfall erlitten hatte.
Wir werden das Andenken der langjährigen lieben Kollegin stets in Ehren halten.
Die Arbeiter u. Angestellten der Zigarettenfabrik Wenesti
Die Beisetzungsfeier findet am Donnerstag, 10. September, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

In 1/2 Stunde werden Sie von der so lästigen
Wanzen-Plage
nicht nur befreit, sondern auch durch richtiger Anwendung meines als unfehlbar anerkannten Spezial-Mittels. Preis 1 L., 2,50 u. 4.— M. Gegen Schwaben, Russen, Franzosen und Flöhe u. Motten nicht nur wirksam, sondern auch vorzüglich anerkanntes Spezial-Mittel in Schachtel 1.— M.
Spezial-Mittel gegen Hunde-, Ziegen- u. Hühnerläuse. 1 L. — M. Spezial-Mittel gegen Blausäure, Obstmotten usw. 1 L. — M. Spezial-Mittel gegen Kalkmilch, Kammerflöhe, Schmutzflöhe usw. 1 L. — M.
Nur alleinredt bei Arth. Nothke, Berlin N. 31, Sonnenmünder Str. 41

Hatvanol-Zahnpulver
speziell für natürliche sowie künstliche Zähne, Gold- und Ersatzbrücken, Kronen.
Preis 0,15, 0,30, 0,75 M.
in Apotheken und Drogerien zu verlangen.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-4 Uhr

Küchen
Riesen-Auswahl, enorm preiswert!
Anrichte-Tische Gely ... 85 L. 130 L.
Anrichte-Tische Marie ... 95 L. 150 L.
Anrichte-Tische Emma ... 150 L. 215 L.
Küchenschrank, 30 cm ... 35 L. 55 L.
Häusermöbel-Fabrik
Laserstein, Ludewigstraße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Wirkenswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Etage, kein Laden,
(Ringstr., daher Infanterieplatz 112)
Berliner erbaut 1907, 300 qm, 3000 Stk.

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Nagelpflege-Garnituren
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.